

## FINANZIELLE ÜBERLEGUNGEN ZUR KATHOLISCHEN KIRCHE IN DER SCHWEIZ

V ielerorts sind besorgte Stimmen zur Entwicklung der Kirchenfinanzen zu hören. Die Sonntagszeitung titelte am 21. Juni 2009: «In den Kirchen wütet der Sparteufel. Fehlende Steuern, zu wenig Spender – die Gotteshäuser leiden unter der Krise». Die Basler Zeitung schrieb am 20. August: «Landeskirchen geraten in finanzielle Turbulenzen – Unternehmenssteuerreform und wirtschaftliche Flaute führen zu erheblich tieferen Steuereinnahmen». In manchen kantonalkirchlichen Organisationen werden Arbeitsgruppen zur Überprüfung der pastoralen Prioritäten und der Finanzen eingerichtet, und in besorgten Communiqués werden in «deutlichen Finanzwarnungen» rote Zahlen für die nächsten Jahre angekündigt.

### Negative Faktoren

Spricht man mit Vertretern der staatskirchenrechtlichen Behörden, werden folgende negative Faktoren genannt: Die Wirtschaftskrise lässt deutliche Rückgänge bei den Erträgen aus der Besteuerung juristischer Personen erwarten, z. T. auch Rückgänge bei den natürlichen Personen, insbesondere wo deren Vermögen auch der Kirchensteuerpflicht untersteht oder wenn die Arbeitslosigkeit stark zunehmen sollte. Unternehmenssteuer- und andere Steuerreformen führen zu Einbussen, welche die Kirchen nicht kompensieren können. Sehr stark spürbar wird dies, wo die kantonalkirchlichen Organisationen vorwiegend oder gar ausschliesslich von den Steuern juristischer Personen leben und keine Beiträge der Kirchgemeinden aus der Besteuerung der natürlichen Personen erhalten (so z. B. Baselland, Nidwalden). Die Ausfälle durch eine Erhöhung des Steuerfusses auszugleichen wird als politisch kaum durchsetzbar beurteilt, mit erheblichen Widerständen wäre auch bei einer höheren Belastung der Kirchgemeinden durch die kantonalkirchlichen Organisationen zu rechnen, insbesondere in strukturschwachen Gebieten, wo der finanzielle Spielraum auch auf Kirchgemeinde-Ebene eng ist.

Die demographische Entwicklung zeigt, dass die «Migrationsgewinne» kleiner sind als früher, weil nicht mehr primär Katholiken, sondern vermehrt Angehörige anderer Religionsgemeinschaften in die Schweiz kommen, z. B. orthodoxe Christen und Muslime. Zudem nimmt die Überalterung zu. Diese Entwicklungen wirken sich auf die Mitgliederzahlen stärker aus als die Kirchnaustritte. Sie haben nicht nur Auswirkungen auf die Kirchensteuern, sondern auch auf Staatsbeiträge, wo diese sich an der Mitgliederzahl orientieren. Es wird interessant sein, nach der Volkszählung 2010 die Veränderungen des letzten Jahrzehnts genauer zu analysieren.

Durch die Kirchnaustritte verliert die Kirche jährlich 0,5–1% der Mitglieder. Mancherorts ist zu hören, die Kirchnaustritte seien zahlreicher als die Taufen. Die viel diskutierten sogenannten «partiellen Kirchnaustritte» sind

bisher nicht zahlreich. Manche Kantone gehen von vereinzelten Fällen aus, andere von ein paar Dutzend. Doch bis auf Fribourg hat noch keine Diözese Regelungen zum Umgang mit diesen Austritten veröffentlicht. Die mittelfristige Entwicklung bleibt abzuwarten. Insbesondere Kollekten, die in den Gottesdiensten erhoben werden, sind deutlich rückläufig. Grosse Hilfswerke gleichen dies teilweise durch Privatspenden aus, für die mit Mailings oder anderen Formen von Spendenaufrufen geworben wird. Aber das ist längst nicht für alle möglich – und der Kollektenrückgang ist eng mit dem weiterhin abnehmenden Gottesdienstbesuch verknüpft.

Kritisch wird die Situation insbesondere in den Kantonen Genf und Neuenburg, wo die freiwilligen Kirchenbeiträge ganz massiv eingebrochen sind. Genf weist 2008 ein Defizit von über 1 Million aus. Und in Basel-Stadt, wo die Kirchensteuern getrennt erhoben werden und die Katholikenzahlen seit Jahren rückläufig sind, verschärft eine Steuerreform die Lage zusätzlich. Ebenfalls defizitär ist die Rechnung der Diözese Sitten, und knapp sind die Gelder auch im Bistum Lugano. All dies spricht eine deutliche Sprache, wenn es darum geht, die finanziellen Auswirkungen eines Abschieds vom sogenannten «dualen System» abzuschätzen – sie wären enorm. Von vielen Menschen wird die Kirche als Dienstleistungsangebot wahrgenommen. Kosten-Nutzen-Denken und Aufwand-Ertrag-Rechnungen haben zur Folge, dass die Kirchensteuer zunehmend als Entgelt für mögliche Leistungen aufgefasst wird. Meint man, dieses Angebot nicht mehr nötig zu haben oder es nur noch ganz punktuell beanspruchen zu wollen, liegt es nahe, an einen Kirchnaustritt zu denken – durchaus mit der Bereitschaft, bei Bedarf die Einzelleistung mit einer Gebühr zu entschädigen.

### Beruhigende Faktoren

Als positive, bzw. beruhigende Faktoren werden von Kennern der Finanzentwicklung folgende Tatsachen erwähnt: Steuerprognosen in Krisenzeiten neigen zur Schwarzmalerei. Vermutlich kommt es nicht so schlimm, wie zurzeit von Politikern und Steuerämtern angedroht, sei es um den Staat zum Sparen zu zwingen oder sei es, um Steuererhöhungen zu rechtfertigen. Zudem verläuft die Entwicklung bei den Kirchensteuern oft etwas verlangsamt und mit geringeren Ausschlägen.

In den letzten Jahren, auch im Jahr 2008, haben viele Kirchgemeinden und kantonalkirchliche Organisationen sehr gute Abschlüsse erzielt. Prognostizierte Defizite trafen nicht ein, die Einnahmen waren oft signifikant höher als angenommen. Um nur zwei Beispiele zu erwähnen: Der Kanton Zürich budgetierte für 2008 einen Verlust von 5 Millionen Franken und schloss mit einem Ertragsüberschuss von 0,3 Millionen ab. Der Aargau sah ein Defizit von Fr. 55 000.– vor und verbuchte einen Überschuss von Fr. 980 000.–.

Dr. Daniel Kosch ist seit 2001 Generalsekretär der Römisch-katholischen Zentralkonferenz der Schweiz.

\* Der nachfolgende Artikel gibt die persönliche Auffassung des Verfassers wieder. Nächstens erscheint vom gleichen Autor ein längerer Artikel über «Management in der Kirche. Ein Überblick über neuere Publikationen» in der SKZ, der aus redaktionellen Gründen leider verspätet erscheint..

Die vorhandenen Eigenmittel sind daher mancherorts erheblich – und können nun eingesetzt werden, um Ausfälle auszugleichen. Solche Schwankungen sind normal. Zudem ist der Anteil der Steuern juristischer Personen nur in wenigen Städten und Kantonen so hoch, dass die konjunkturellen Ausschläge sich massiv auswirken. Die neuen Regelungen des Verhältnisses von Staat und Kirche tragen z. B. in den Kantonen Waadt und Zürich dem gestiegenen katholischen Bevölkerungsanteil Rechnung, auch was die Staatsbeiträge betrifft. Sowohl was die Entwicklungen der Mitgliederzahlen als auch was die Finanzsituation betrifft, ist die Ausgangslage für die katholische Kirche besser als für die Reformierten.

Die Kirchaustrittswelle der 80er- und 90er-Jahre hat sich abgeschwächt. Der prozentuale Anteil ist gesunken. Mancherorts werden auch steigende Kircheneintrittszahlen vermerkt. Nach wie vor sind sehr viele Menschen der Auffassung, «trotz allem» tue die Kirche viel Gutes, besonders vor Ort und bei Notleidenden. Sie sind deshalb auch bereit, die Kirchensteuern zu bezahlen, vielleicht auch mit dem Gedanken, später oder in schwierigen Lebenssituation im eigenen Umfeld dankbar dafür zu sein, dass es die Kirche gibt.

### Das pastorale und kirchenpolitische Umfeld

Immer wieder kommen bei Diskussionen über die Zukunft der Kirchenfinanzen auch Entwicklungen in der Seelsorge und kirchenpolitische Faktoren zur Sprache: Negativmeldungen und kommunikatives Versagen sowie der von vielen als rückwärtsgerichtet interpretierte Kurs der Kirchenleitung wirken demotivierend. Wegen der schwächer gewordenen Kirchenbindung gehen die Wellen bei Konflikten zwar nicht mehr so hoch wie früher. Diese bewirken eher, dass die Leute sich abwenden und denken: «Streitet doch unter euch – eine solche Kirche interessiert mich nicht mehr.»

Über den jüngeren Klerus sagen auch fest in die Kirchenleitung oder in dessen Ausbildung eingebundene Kirchenleute, dass viele (nicht alle!) Mühe haben, eine gute Zusammenarbeit mit dem Seelsorgeteam aufzubauen und die Pfarreimitglieder zu aktiver Mitwirkung zu animieren. Manche jüngere Priester scheinen eher Angst vor zu starken Laien zu haben und tendieren dazu, deren Mitverantwortung einzuschränken. Rollenverständnis und Frömmigkeitsstil hätten wenig mit den kirchlichen und gesellschaftlichen Realitäten zu tun und führten zu einem «Rückzug in die Sakristei». Die «treuen Kirchenfernen» kommen bei diesem Seelsorgetyp nicht mehr in den Blick – entsprechend nimmt ihre Kirchenbindung ab. Die Bildung von grösseren Seelsorgestrukturen verläuft unterschiedlich. Wo sie als Verlust der lokalen Verankerung der Kirche erlebt oder mit schwierigen Prozessen der Konsenssuche in den Seelsorgeteams bzw. zwischen den Kirchgemeinden erlebt wird, schwächt sie die Identifikation mit der Kirche und erhöht die Tendenz zum stillen Rückzug und damit die Austrittsneigung.

Die beständige Problematisierung der staatskirchenrechtlichen Strukturen belastet das Verhältnis Kirche–Staat. Politiker, engagierte Mitglieder staatskirchenrechtlicher Be-

hörden, aber auch reformierte Beobachter fragen immer wieder, ob die Kirchenleitung dieses System wirklich noch will und aktiv dafür einsteht – oder ob sie primär die Nachteile sieht und schon dabei ist, davon Abschied zu nehmen, ohne die finanziellen Auswirkungen, aber auch den gesellschaftlichen Relevanzverlust in ihrer ganzen Tragweite zu ermessen. Zu befürchten ist eine unheilige Allianz zwischen konservativen kirchlichen Kritikern der staatskirchenrechtlichen Strukturen und gesellschaftlichen Tendenzen, die Religion zu privatisieren, und den Kirchen die Finanzierung über Kirchensteuern und Staatsbeiträge zu verunmöglichen.

Während die jetzt aktive Generation in der Konzils- und Nachkonzilszeit noch eine kirchliche Sozialisierung erhalten hat, ist die kommende Generation in einer Zeit gross geworden, in der insbesondere die kirchlich engagierten Eltern, aber auch die kirchliche Öffentlichkeit vor allem «Kirchenfrust» erlebt hat. Junge Erwachsene, die so aufgewachsen sind, bringen wenig mit, was sie ihren Kindern an kirchlicher und religiöser Verwurzelung mit auf den Weg geben können.

### Auswirkungen auf die Grundstimmung im Blick auf die Zukunft

All dies wirkt sich nicht direkt «in Franken und Rappen» aus. Aber es hat starke Auswirkungen auf die Stimmung – und die ist bekanntlich für das finanzielle Verhalten sehr wichtig (vgl. die Barometer für die «Konsumentenstimmung» oder für die Stimmung der Anleger an der Börse). M. E. drohen vor allem folgende Gefahren:

– Ungewissheit und Angst führen zu einem verstärkten Sicherheitsdenken, was sich als Verkrampfung im Bestehenden auswirkt. Die Verteilkämpfe werden härter. Das erschwert den Aufbau notwendiger Kooperationen und führt zu zusätzlichen Spannungen.

– Insbesondere Abgaben nach «oben» (Bistumsbeiträge, RKZ-Beiträge für die «Kirche Schweiz») geraten unter Druck und müssen immer öfter legitimiert werden, weil man von den oberen Ebenen nichts erwartet, sondern im Gegenteil befürchtet, die Kirchenleitung mache alles nur noch schlimmer und schwieriger. Dabei wird mancherorts kaum zwischen dem Papst, den unterschiedlichen Stilen und Positionen der einzelnen Bischöfe, der RKZ und den Landeskirchen differenziert, sondern alles in den gleichen Topf geworfen.

– Manche vermitteln den trügerischen Eindruck, indem man möglichst viel Geld «unten» behalte, fördere man eine glaubwürdige und freie Kirche. Sie übersehen dabei, dass gerade eine gesellschaftlich engagierte Kirche auch auf nationaler Ebene präsent sein muss und deshalb auf gute Strukturen und finanzielle Mittel angewiesen ist, um nicht in der Bedeutungslosigkeit zu versinken. Zudem verschärft die finanzielle Schieflage zwischen finanziell gut gestellten staatskirchenrechtlichen Organisationen und weniger gut gestellten Bistumsleitungen die Polarisierung und nährt so die Fundamentalkritik am dualen System, es stehe im Widerspruch zum Selbstverständnis der katholischen Kirche, für die das Bistum und die Einheit mit der Weltkirche zentrale Grössen sind.

IM GESPRÄCH

IM GESPRÄCH

– Der Zukunftspessimismus droht zur «self fulfilling prophecy» zu werden: Wer schwarz sieht, kann weder motivieren noch innovativ tätig werden. Kreative Antworten auf die unübersichtliche Situation und auf neue Herausforderungen findet man so nicht.

### Hoffungszeichen

Um so wichtiger ist es, auf Entwicklungen hinzuweisen, die hoffnungsvoll stimmen und die im Sinne einer «best practice» unter die Leute gebracht werden sollten: Grosse Kirchengemeinden oder Kirchengemeindeverbände in städtischen Kontexten formulieren ihre Finanzpolitik mit unterschiedlichen Szenarien: «best case – Stabilität – worst case». Sie rechnen also nicht damit, dass es nur noch schlechter werden kann.

Zukunftsplanungen sind nicht nur geldgesteuert, sondern tragen pastoralen Aspekten stark Rechnung. Insbesondere seitens der staatskirchenrechtlichen Instanzen wird betont, dass die gesellschaftliche Präsenz der Kirche, ihr soziales Engagement, ihre Präsenz an Brennpunkten des heutigen Lebens (Bahnhöfe, Einkaufszentren usw.), ihre Öffentlichkeitsarbeit und die Begleitung von Menschen in Not und in Krisen (Spitäler, Gefängnisse, Notfallseelsorge) von grosser Bedeutung sind. Entsprechend soll dort wenn möglich nicht gespart werden.

Seitens staatlicher Instanzen nimmt das Interesse an einer guten Zusammenarbeit mit den Kirchen eher zu. Dies gilt insbesondere dort, wo die Seelsorgenden helfen können, mit besonderen Lebenssituationen fertig zu werden (care teams, Polizeiseelsorge...). Allerdings erwarten die entsprechenden Institutionen zunehmend ein modernes Qualitätsmanagement von den Kirchenvertretern (z. B. in der Spitalseelsorge). Im bevölkerungsreichsten Kanton Zürich hat die Regierung in der neuen Verordnung zum Kirchengesetz die öffentlichrechtliche Anerkennung wie folgt begründet: «Die kirchlichen Körperschaften [...] werden vom Staat als wesentlich für die Gemeinschaft beurteilt und in ihrer Organisation mit den Attributen des öffentlichen Rechts ausgestaltet, ohne dass sie damit zur Staatsgewalt werden. [...] Ihr einzigartiger Charakter ist nur unter Berücksichtigung ihrer religiösen und ethischen Dimension zu verstehen. Zu ihren Aufgaben gehört daher insbesondere auch die Suche nach Sinn und Werten für die Gesellschaft. Gerade deshalb haben die anerkannten kirchlichen Körperschaften und jüdischen Gemeinden eine umfassende, kritische, wertebegründende und wertevermittelnde und damit integrative gesellschaftliche Funktion. [...] Der Staat lebt von geistigen und ethischen Voraussetzungen, die er weder selbst schaffen noch garantieren kann. Er bedarf der kritischen Begleitung durch eine Potenz, die das staatliche Handeln an ethischen Werten misst» (Amtsblatt des Kantons Zürich, 31. Juli 2009, S. 1444 f.).

Mehr Wertschätzung und Respekt vor der Eigenständigkeit und dem öffentlichen Auftrag der Kirche kann man von staatlicher Seite nicht erwarten, insbesondere wenn man bedenkt, dass viele Vertreter der Kirche die Bedeutung ihrer eigenen Institution sehr viel negativer beurteilen als der Staat.

### Fazit

Persönlich bin ich der Auffassung, dass die nächsten Jahre für die Kirche finanziell gesehen zwar spürbar schwieriger werden, Schwarzmalerei aber unbegründet und unberechtig ist. Auch wenn die Periode stark zunehmender finanzieller Möglichkeiten nun wohl zu Ende geht, sollte nicht leichtfertig von «Not» oder «Krise» gesprochen werden. Solche Ausdrücke sollen für die reale Armut der Menschen und der Kirchen in den Ländern des Südens reserviert bleiben. Und im Vergleich mit der Situation der Kirche in Nachbarländern oder anderen Non-Profit-Organisationen, die ihren Auftrag in der Zivilgesellschaft mit weit weniger Mitteln wahrnehmen müssen, bleibt die Lage nach wie vor gut. Von diesem Gesamturteil auszunehmen sind die Kantone, wo die Kirchenbeiträge freiwillig sind (GE, NE) sowie mindestens teilweise der Sonderfall Basel-Stadt und Kirchengemeinden in strukturschwachen Regionen (z. B. im Kanton Uri). Sie bedürfen der Unterstützung und fordern die Schweizer Kirche heraus, neue Wege der Solidarität zu entwickeln.

Sowohl im Umgang mit den verfügbaren Mitteln, als auch mit den politischen Voraussetzungen und rechtlichen Grundlagen für die öffentlichrechtliche Anerkennung und das Steuerbezugsrecht sind in dieser Lage zweifellos Klugheit und Umsicht gefordert. Leitend für den Umgang mit den wachsenden finanziellen Herausforderungen könnte folgender Dreiklang sein:

1. Demokratisch – im Blick auf die Mitbeteiligung aller, die Mitsprache und echte Mitverantwortung voraussetzt.
2. Solidarisch – im Blick auf eine Mittelverteilung, welche die finanzschwächeren Regionen, aber auch die unterdotierte gesamtschweizerische Ebene und die Bistümer nicht aus den Augen verliert.
3. Unternehmerisch – im Blick auf einen haushälterischen und zielgerichteten Umgang mit den verfügbaren Ressourcen, der sich klar an pastoralen Prioritäten orientiert.

Zukunftsfähigkeit und Zuversicht werden in der katholischen Kirche umso mehr an Boden gewinnen, je klarer und mutiger die für Pastoral und Finanzen verantwortlichen Personen und Gremien sich in ihrem Handeln am Auftrag der Kirche in der heutigen Zeit ausrichten und sich nicht ängstlich am Geld und am Bestehenden festklammern. Schon das berühmte Stufengedicht von Hermann Hesse verheisst und fordert:

*Es muss das Herz bei jedem Lebensrufe  
Bereit zum Abschied sein und Neubeginne,  
Um sich in Tapferkeit und ohne Trauern  
In andre, neue Bindungen zu geben.  
Und jedem Anfang wohnt ein Zauber inne,  
Der uns beschützt und der uns hilft, zu leben.*

Dies gilt erst recht für eine Kirche, in deren biblischer Verfassung der Auszug aus Ägypten und der Abschied von seinen Fleischtopfen, aber auch Jesu Mahnung zur Sorglosigkeit und zur vollen Aufmerksamkeit für das Reich Gottes eine zentrale Rolle spielen.

Daniel Kosch